

**Sehr geehrter Herr Schroeder,
Sehr geehrter Herr Staadt!**

Sehr geehrter Herr Kocka!

Ein Briefwechsel

Nachstehend wird ein Briefwechsel dokumentiert, der den Hintergrund einiger Kontroversen erhellen kann, in deren Zentrum der Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität steht. Im Zusammenhang seiner Vorgeschichte und Folgen betrachtet, offenbart das von Jürgen Kocka an ihm bekannte Adressaten versandte Schreiben, wie in Kreisen der sozialdemokratisch dominierten Zeitgeschichtsschreibung nicht-kongruente Positionen und Kritik mit denunziatorischen Methoden ausgeschaltet werden soll. Wohlgermerkt geht es nicht darum, Kocka und seinen parteilich festgelegten Historikerkollegen aus der SPD auch nur im geringsten das Recht auf eine inhaltlich mit harten Bandagen geführte Auseinandersetzung mit ihnen nicht genehmen Forschungsansätzen zu bestreiten. Es geht lediglich darum, diesem einflußreichen Personenkreis das Recht zu bestreiten, durch Denunziation und Herabwürdigung unter Einbeziehung ihres politischen und ständischen Beziehungsgeflechtes, einem widerstreitenden Projektzusammenhang die notwendigen institutionelle und finanziellen Basis für eine nicht parteilich und selbstlegitimatorisch festgelegte Forschung zu entziehen. Die Tätigkeit des Forschungsverbundes SED-Staat trifft auf den Widerspruch einer Gruppe von Mainstreamhistorikern, die bis 1989 die Geschichtsschreibung unter sich betrieben und wissenschaftspolitisch das Terrain weithin selbst bzw. durch ihre Schüler besetzt hielten. Nach der Wiedervereinigung gerieten nicht wenige Schlüsselpositionen in der umgestalteten ostdeutschen Wissenschaftslandschaft unter den Einfluß dieses Interessen-, Beziehungs- und Gesinnungsgeflechtes. Als hilfreich erwiesen sich dabei Verbindungen zu Wissenschaftskadern der

SED, die im Zuge der Annäherung durch Wandel in den achtziger Jahren hergestellt worden waren. Um viele der neuen Lehrstühle und zeitgeschichtlichen Forschungsinstitutionen gruppierten sich Hilfswillige aus den abgewickelten Forschungseinrichtungen der DDR, die nach neuer Orientierung suchten. Was Wunder, daß dabei gerne die helfende Hand von solchen Kapazitäten ergriffen wurde, mit denen man sich wenige Jahre zuvor noch einig war, daß eine Vereinigung beider deutscher Staaten ein geradezu sittenwidriges Unterfangen sei.

Das hier dokumentierte Schreiben Jürgen Kockas, das er an diverse von ihm nicht genannte Empfänger versandte, hat soweit dies bislang zu überblicken ist, verschiedene Konsequenzen nach sich gezogen. Um mit dem Positiven zu beginnen: Der Forschungsverbund SED-Staat erhielt dank Kockas Attacken einige Aufmerksamkeit und Unterstützung von Fachkolleginnen und -kollegen, die eine unabhängige und nicht auf eine Weltsicht, nämlich die sozialliberale, festgelegte DDR-Forschung für bedeutsam genug halten, um sich und der Öffentlichkeit einmal neben dem mehr oder weniger selbstlegitimatorischen auch den unbefangenen Blick auf jüngste Zeitgeschichte zu gestatten. Angesichts des harten Existenzkampfes auf kleinem und exklusiven Feld ein hoch zu schätzender Nebeneffekt des Streits der freien Meinungen.

Wie ein nur unter Eingeweihten kursierender Brief über kurz oder lang aus "neutraler" Richtung sein Echo entfalten kann zeigte sich z.B. mit Ausgabe Nr. 11/12 1995 der "Zeitgeschichte", einer vom österreichischen Bundeskanzleramt geförderten Publikation. Hier boten sich die geeigneten Spalten, um wortwörtlich, aber nicht als Zitate gekennzeichnet, Kockasche Briefstellen meinungsfrei an die Fachöffentlichkeit zu bringen.

Wenig positiv müssen auch diverse Fußangeleien verbucht werden, die den Forschungsverbund SED-Staat der FU nach Kockas Rundbrief trafen. Peter Steinbach machte sich die Forderung seines Kollegen

nach fachwissenschaftlicher Aufsicht zu eigen und sich selbst zum Vorsitzenden eines vom politikwissenschaftlichen Fachbeiratsrat des Otto-Suhr-Institutes der FU eingesetzten, aus sechs Professoren bestehenden Untersuchungsausschusses zur "Klärung der Struktur, der Sachmittel-, Personal- und Raumausstattung sowie der Finanzierung des Forschungsverbundes SED-Staat". Dies geschah, ohne daß zuvor eine Anhörung der betroffenen Einrichtung erfolgt wäre. Den an der Freien Universität stark mitbestimmenden Gewerkschaften GEW und ÖTV gefiel diese akademische Inszenierung des 'Zerbrochenen Kruges' derart, daß sie am gleichen Tag, dem 8. Mai, im Senat der FU einen Dringlichkeitsantrag für eine Evaluation des Forschungsverbundes einbrachten. Als Mitglieder der Evaluationskommission wurden vorgeschlagen: Jürgen Kocka, Christoph Kleßmann und als Vorsitzender einer Unterkommission des Akademischen Senats Peter Steinbach. Nun besaßen sowohl Akademischer Senat als auch das Präsidialamt der FU genügend Souveränität und Redlichkeit, um trotz der zeitgeschichtlichen Aufregung nicht die hergebrachte Fairneß über Bord und den Forschungsverbund seinen Gegnern vorzuwerfen. Externe und objektive Evaluatoren werden 1997 ein Urteil darüber zu fällen haben, ob das Experiment Forschungsverbund SED-Staat nach fünfjähriger Dauer eine Verlängerung oder sein Ende erfährt. "Der zerbrochene Krug" wird einstweilen nur am Otto-Suhr-Institut zum rosa-grünlichen Brunnen gehen, um den Kongreß der Weißwäscher mit den Wassern der richtigen Denkungsart zu versorgen. Jürgen Kocka urteilte bereits abschließend über den noch laufenden Streit, laut Focus Nr. 20/96 hat er gesagt: "Staat und Schroeder sind Meister der politischen Demagogie, Wissenschaftler ohne Glaubwürdigkeit und Seriosität." Der Aufruf zur Demagogieverfolgung aus diesem berufenen Mund und die Antwort darauf, kann hier nun nachgelesen werden.

Jochen Staadt

Center for Advanced Study in the Behavioral Sciences

202 Junipero Serra Blvd. Stanford, California 94305 Telephone (415) 321-2052. Fax (415) 321-1192

March 29, 1995

Herren

Dr. Klaus Schroeder

Dr. Jochen Staadt

Forschungsverbund SED-Staat

FU Berlin

Ilhnestr. 23

14195 Berlin

GERMANY

Sehr geehrter Herr Schroeder, sehr geehrter Herr Staadt,

mit einiger Verspätung kommt mir hier Ihr Artikel "Die Kunst des Aussitzens" aus: Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen, Berlin 1994, S.347-54 zu Gesicht. Die darin enthaltene, teilweise denunziatorische Polemik gegen mich fußt auf unsauberen Recherchen und Verzerrungen. Ich führe dies im Folgenden aus und ziehe zusammenfassend einige allgemeinere Schlußfolgerungen daraus.

Sie glauben - S.349 Ihres oben zitierten Aufsatzes - nicht, daß, wie von mir vorgeschlagen, der Begriff der "modernen Diktatur" zur fruchtbaren Analyse der DDR zu gebrauchen ist. Schön, darüber ließe sich diskutieren, es mag bessere Möglichkeiten geben. Sie favorisieren den Begriff des Totalitarismus. In Ordnung, das tun viele, nichts ist normaler in unserem Fach, als bei solchen Fragen verschiedener Meinung zu sein. Zurecht erwähnen Sie meine modifizierende Zurückhaltung gegenüber diesem Begriff, tun dann allerdings so, als ob ich diese Position nicht begründet hätte und folgern: "Der Verzicht auf den Totalitarismusbegriff begründet sich bei ihm (d.h. bei Kocka) mithin politisch und nicht wissenschaftlich." (S.349, Anm.7). Dies ist falsch.

Ich habe mehrfach die Grenzen - nicht die Unbrauchbarkeit - des Totalitarismusbegriffs argumentativ aufgezeigt, so in: Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse. Colloquium im Institut für Zeitgeschichte am 24. November 1978, München 1980, S.39-44 (dies nehmen Sie nicht zur Kenntnis); dann in: Die Geschichte der DDR als Forschungsproblem. Einleitung, in: J. Kocka (Hg.), Historische DDR-Forschung, Berlin 1993, S. 9-26 (den Aufsatz zitieren und - ich nehme an - kennen Sie, lassen aber die Auseinandersetzung mit der einschlägigen Stelle einfach weg); schließlich vor der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages am 3.5.1994. Sie mögen mit meinen Argumenten nicht übereinstimmen, aber es ist eine Verzerrung der Diskussionslage [sic!], wenn sie so tun, als ob ich für meine Position keine Argumente bräuchte, um mir dann ausschließlich politische im Unterschied zu wissenschaftlicher Argumentation unterstellen zu können.

Auf S.351 behaupten Sie, ich hätte mir "sicher nicht zufällig in Absprache mit einigen anderen sozialdemokratischen Großmogulen der historischen Zunft erhebliche Mittel und institutionelle Schlüsselpositionen im Wissenschaftsbetrieb der neuen Bundesländer zu sichern" gewußt. Was Sie damit meinen, ist Ihr Geheimnis. Die einzige Position, die ich im Wissenschaftsbetrieb irgendeines der neuen Bundesländer einnehme, ist die Position eines der beiden kommissarischen Leiter des Forschungsschwerpunktes Zeithistorische Studien in Potsdam. Dessen Zukunft ist weiterhin nicht hundertprozentig geklärt, sein Etat ist eng begrenzt, er untersteht der Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben in München, einer Tochtergesellschaft der Max-Planck-Gesellschaft, die sehr genau über seine Tätigkeit wacht und den Entscheidungsspielraum der Leiter, zu recht, eng begrenzt. Nennen Sie das wirklich "erhebliche Mittel und institutionelle Schlüsselpositionen"? Das ist lächerlich. Ernannt wurde ich als vorübergehender Leiter dieses Forschungsschwerpunktes durch die Max-Planck-Gesellschaft. Wollen Sie die dort

Verantwortlichen als "sozialdemokratische Großmogule der historischen Zunft" bezeichnen? Das ist absurd. Entweder haben Sie keine Ahnung, wie der Wissenschaftsbetrieb in der Bundesrepublik wirklich funktioniert oder, wahrscheinlicher, Sie verdrehen die Tatsachen, um jemanden öffentlich zu diskreditieren. Denn auf eine Diskreditierung läuft es hinaus, wenn einem unterstellt wird, man habe sich eine Leitungsposition mit dem daran hängenden Einfluß durch Mauschelei mit mächtigen politischen Freunden erschlichen.

Im nächsten Satz (S. 351) schreiben Sie: "Am Beispiel des ehemaligen Kampfgruppenkommandeurs, Parteisekretärs und, wie sich kürzlich herausstellte, auch Mitarbeiters des Ministeriums für Staatssicherheit, Olaf Groehler, wurde nun einmal augenfällig, wie die Fortschreibung der Zusammenarbeit seit dem SED-SPD-Ideologie-Papier heute mit anderen Mitteln betrieben wird. Durch Kocka erhielt Groehler ... eine neue Dienststelle." Gemeint ist - kann nur sein - Groehlers befristete Anstellung als Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Zeithistorische Studien in Potsdam, den ich leite. An diesen wiederum durch und durch schiefen Aussagen läßt sich Ihre Argumentationsweise studieren:

- Es ist einseitig und verzerrend, zu sagen, daß G. durch mich seine neue Dienststelle erhielt. Herr Groehler wurde als Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes mit einem übrigens zeitlich eng begrenzten Vertrag eingestellt, weil er als Historiker in einer Weise ausgewiesen war, die ihn nach begründeter Meinung der Gutachter und der anstellenden Institution zur Wahrnehmung dieser Stelle qualifizierte. Ich war bei der Einstellung der Mitarbeiter des genannten Forschungsschwerpunktes einer von mehreren Gutachtern in einem mehrstufigen Bewerbungs- und Auswahlprozeß, der gemäß den Empfehlungen des Wissenschaftsrats von der Max-Planck-Gesellschaft durchgeführt wurde. Dies ist kein Geheimnis, das Verfahren wurde mehrfach

öffentlich dargestellt, Sie wissen es oder könnten es wissen.

- Sie erwecken, nachdem Sie im Absatz zuvor auf meine Mitarbeit in der Historischen Kommission der SPD angespielt haben, den Eindruck, daß die Anstellung Groehlers eine "Fortschreibung der Zusammenarbeit" zwischen ihm und mir darstellte, bringen das irgendwie mit einem seinerzeit und immer noch [sic!] sehr kontrovers diskutierten SED-SPD-Grundsatzpapier der 80er Jahre in Verbindung und stellen das ganze im nächsten Absatz in den Zusammenhang Ihrer "Kritik an der alten sozialdemokratischen DDR-Forschung". Dazu ist zu sagen, daß ich mit Herrn Groehler vor seiner Anstellung im Forschungsschwerpunkt 1991 nie zusammengearbeitet habe, daß ich vor 1990 auch nicht an der DDR-Forschung, sozialdemokratisch oder anders, mitgewirkt habe und daß ich auch nichts mit dem Zustandekommen jenes SPD-SED-Papiers zu tun hatte, das Sie offenbar nicht mögen. Sie erwecken also wiederum einen falschen Eindruck, entweder bewußt oder fahrlässig, einen Eindruck, der geeignet ist, beim nicht genauer informierten Leser den falschen Verdacht zu schüren, daß hier wohl wieder einmal eine jener sini-stren "Seilschaften" am Werk gewesen sei, von denen - bisweilen zu Recht, meistens ohne Belege - in der Öffentlichkeit häufig die Rede ist.
- Schließlich erwähnen Sie Groehlers Anstellung im Forschungsschwerpunkt und seine - im Sommer 1994 bekannt gewordene - Zusammenarbeit mit der Stasi in früheren Jahren. Sie unterschlagen, daß Herr Groehler, nachdem dies bekannt wurde, unverzüglich von der Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben gekündigt und entlassen wurde. Dies kann Ihnen, da öffentlich stark diskutiert, nicht entgangen sein. Sie lassen es absichtlich weg - ein Stück Desinformation im Dienste Ihrer denunziatorischen Auslassungen.

Auf S.352 heißt es dann bei Ihnen: "Jürgen Kocka gehörte vor 1989 nach Auffassung seiner Gesprächspartner aus der DDR zu den 'positiven Kräften' in der historischen Zunft der alten Bundesrepublik. Es muß gefragt werden dürfen, warum die Marxisten-Leninisten zu dieser Einschätzung kamen." Kein Zweifel, das darf man. Es ist sicher auch möglich, Antworten auf diese Frage zu finden. Dazu wäre es notwendig, zunächst festzustellen (für den Leser erkennbar, also in einer Anmerkung nachgewiesen), wer das in welchem Zusammenhang, auf welcher Grundlage gegenüber wem festgestellt hat. Man nennt das in der Geschichtswissenschaft Quellenkritik. Das unterlassen Sie. Es hätte dann mehrere weitere Möglichkeiten gegeben: Durchsicht der zu dieser Frage aufschlußreichen Literatur, weiteres Durchforsten der Ihnen ja zugänglichen Quellen, Befragungen (etwa des sicher noch lebenden jener Aussage oder auch meiner Person oder Dritter), das ganze im Zusammenhang der Entwicklung unserer Wissenschaft in den letzten Jahren und Jahrzehnten. Auch das tun Sie nicht. Vielmehr tun Sie in Anmerkung 19 zweierlei:

- Sie teilen mit, daß zwei Historiker aus der DDR, Gerhard Lozek und Klaus Vetter, 1986 auf dem westdeutschen Historikertag in Trier als Gäste teilnahmen und dann in der DDR berichteten, daß der Vorstand des Historikerverbandes sehr "liberal und aufgeschlossen" gewesen sei. Weder gehen Sie der Bedeutung, der Funktion und dem Wahrheitsgehalt dieser Aussage nach, was u.a. durch Befragung der damals Beteiligten möglich gewesen wäre, noch lassen Sie sich auf die Geschichte der Bemühungen des Verbands der Historiker Deutschlands um die Erhaltung und Wiederherstellung eines Minimums von Beziehungen zu den Historikern im andern Teil Deutschlands ein, Bemühungen, an denen jeder Vorstand des Verbandes seit 1949 beteiligt war und in deren Zusammenhang die Einladung an DDR-Historiker zur Teilnahme an unseren Historikertagen zu sehen ist. Sie verzichten auf jeden Versuch, die zitierte Aussage von Lozek

und Vetter in ihrem Zusammenhang zu interpretieren. Vielmehr reißen Sie sie aus ihrem Zusammenhang heraus und unterstellen, daß daraus etwas zur Erklärung der Kennzeichnung meiner Haltung durch jene DDR-Historiker folgt.

- Zum anderen schreiben Sie in derselben Anmerkung: "Kocka übergab seinerzeit Lozek das Konzeptionspapier zum Deutschen Historischen Museum, das die von der Bundesregierung berufene Sachverständigenkommission im März 1986 vorgelegt hatte, zur Information und - wie Lozek schrieb - mit der Bitte um Meinungsäußerung. Offiziell wurde der Text unseres Wissens erst im März 1987 veröffentlicht." So und in diesem Argumentationszusammenhang hat diese Mitteilung nur eine Funktion: den Verdacht zu erwecken, da hat einer ein noch nicht veröffentlichtes Planungspapier für ein großes, kulturpolitisch nicht unumstrittenes Projekt der Bundesregierung insgeheim den ideologischen und politischen Gegnern zugespitzt, seine Kompetenzen vermutlich überschreitend, sich Liebkind bei den DDRlern machend, ein weiterer Beweis für die unterstellte Kungelei bundesrepublikanischer und DDR-kommunistischer Intellektueller, für eine unheilige Verfilzung, deren Bloßstellung und nachträgliche Bekämpfung Sie sich zur Hauptaufgabe gemacht zu haben scheinen. Dazu ist Folgendes zu sagen: Ich gehörte der Sachverständigenkommission an, die das Konzept eines Deutschen Historischen Museums erarbeitete. Dieses Konzept wurde am 28. April 1986 der Öffentlichkeit vorgestellt, bis zum September 1986 in ca. 2200 Exemplaren mit Ersuchen um Stellungnahme im In- und Ausland versandt, in der Presse ausführlich diskutiert und dann auch auf dem Historikertag Anfang Oktober 1986 in einer großen, öffentlichen Veranstaltung vorgestellt und debattiert. Die Sachverständigenkommission bereitete öffentliche Hearings zum Konzeptpapier vor und sah Kontakte zwischen Kommissionsmitgliedern und Fachkollegen aus der DDR und aus dem benach-

barten Ausland vor, um eine möglichst breite Diskussion des Konzepts zu gewährleisten und Stellungnahmen einzuholen, die dann geprüft und ggf. einzuarbeiten sein würden (was auch später geschehen ist). In diesem Zusammenhang stand es, als ich einem der beiden DDR-Historiker, die auf dem Trierer Kongreß anwesend waren, ein Exemplar des längst öffentlich gemachten Papiers gab, vermutlich mit einer Bemerkung des Sinnes, daß mich eine Stellungnahme natürlich interessieren würde. (Ich erinnere mich übrigens nicht, eine solche erhalten zu haben.) Durch ein bißchen Lektüre in damaligen Zeitungen hätten Sie sich über diesen Zusammenhang kundig machen können, auch durch Befragung damals Beteiligter, die wohl alle noch leben, von der Einsichtnahme in die natürlich existierenden Protokolle der damaligen Sitzungen der Sachverständigenkommission ganz zu schweigen. Sie haben nichts davon getan, dafür sehe ich nur zwei mögliche Erklärungen: Entweder Sie kennen und respektieren nicht die elementarsten Regeln, die man als Historiker, auch als Zeithistoriker, befolgen muß und die man im geschichtswissenschaftlichen Proseminar lernt. Oder Sie haben den Zusammenhang bewußt verschwiegen, denn Ihre Mitteilung über meinen Kontakt mit Lozek in seinen wirklichen Zusammenhang zu stellen, hätte die denunziatorische Absicht zunichtegemacht, aus der heraus Sie diese Mitteilung an dieser Stelle vermutlich überhaupt nur gebracht haben. Beides disqualifiziert Sie als Historiker oder Sozialwissenschaftler.

In Ihrem Artikel finden sich weitere Verzerrungen dieser Art, ich belasse es aber bei den voranstehenden Beispielen. Ich versage es mir auch, auf Ihre Kritik an Frau Meuschel und ihren Veröffentlichungen einzugehen. Ihre diesbezügliche Argumentation befindet sich nicht auf der Höhe der Diskussion über "Totalitarismus", "Diktatur" und andere Zentralbegriffe der gegenwärtigen Forschung, die sie offenbar nur ungenau kennen. Auch hat es Herr Nietham-

mer, den Sie ebenfalls angreifen, nicht nötig, von mir verteidigt zu werden. Ihr einseitiger Bericht aus SED-Quellen über seine damaligen, teilweise auf Befragungen in der DDR fußenden Forschungsarbeiten macht - von Ihnen allerdings kaum gewollt - erneut deutlich, wie schwer jede Forschung über die DDR für einen Westdeutschen damals war und wie bewundernswert die Leistung von Niethammer und seinen Mitarbeitern unter diesen Bedingungen war. Ich fasse zusammen:

Was Sie betreiben, ist Geschichtsklitterei in denunziatorischer Absicht. Sie reihen aus dem Zusammenhang gerissene Halbwahrheiten aneinander, arbeiten mit Unterstellungen und mißachten die Regeln geschichtswissenschaftlicher Sorgfalt, die Sie entweder nicht kennen oder bewußt ignorieren. Sie arbeiten unprofessionell. Ihre Absichten müssen politische sein, ich kenne sie nicht näher, sie interessieren mich auch nicht weiter. Ich weiß nicht, wer Sie in welchem Fach ausgebildet hat. Mit seriöser Zeitgeschichte hat das, was Sie treiben, jedenfalls wenig zu tun.

Darüber könnte man hinwegsehen, es gibt Wichtigeres, und es kostet, wie Sie an der Länge dieses Briefes sehen können, Zeit, sich im Einzelnen mit Ihren Verzerrungskünsten auseinanderzusetzen. Doch sind Sie nicht irgendwer. Der eine von Ihnen - Herr Schroeder - leitet (jedenfalls laut "Tagesspiegel" im Januar, vermutlich auch noch jetzt) den Forschungsverbund "SED-Staat" an der Freien Universität, der ganz erheblich durch öffentliche Mittel gefördert wird und sehr große Beträge zur Finanzierung von DDR-Forschung auszugeben in der Lage ist. Der andere - Herr Staadt - ist ein bekannter Mitarbeiter derselben Organisation, der bereits mehrfach mit "Recherchen" über Personen des öffentlichen Lebens und ihre Kontakte mit DDR-Stellen vor 1989 medienwirksam in Erscheinung getreten ist. Ich vermag nicht zu sehen, wer im Falle des Forschungsverbundes die Rolle eines wissenschaftlichen Beirats oder Kuratoriums ausfüllt, also fachwissenschaftliche Aufsichtsfunktionen ausübt und sich dem-

entsprechend um solche Elaborate wie das von Ihnen vorgelegte kümmern muß. Ich weiß aber, daß der Forschungsverbund Drittmittel in erheblichem Umfang erhält. Ich sage nicht, daß alle Mitarbeiter des Forschungsverbundes so unseriös arbeiten wie Sie in den von mir untersuchten Passagen. Dies erwarte ich auch nicht. Doch es erscheint mir sehr problematisch, wenn sich der Leiter und ein prominenter Mitarbeiter eines offenbar auf Aufdeckung von Herrschaftsstrukturen, Herrschaftspraktiken und Verstrickungen zu DDR-Zeiten spezialisierten Forschungsverbundes solche Fehlleistungen und Verzerrungen erlauben wie Sie das tun. Ich werde mir gestatten, diesen Brief an einige mit der Materie materiell und institutionell befaßte Personen zu senden, um sie auf die Problematik aufmerksam zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Jürgen Kocka
Fellow CASBS, 1994-95

Forschungsverbund SED-Staat

Freie Universität Berlin, 14195 Berlin, Innestr. 53

Priv.-Doz. Dr. Klaus Schroeder

Dr. Jochen Staadt

Herrn

Professor Dr. Jürgen Kocka

Center of Advanced Study

in the behavioral Sciences

202 Junipero Serra Blvd.

USA - Stanford/California 94305

9.5.95

Sehr geehrter Herr Kocka,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 29. März 1995, das wir ausführlich beantworten möchten, obwohl Ihr Umgang mit unserem Text, "Die Kunst des Aussitzens", der Auseinandersetzung eine unangenehme und für Außenstehende schwer durchschaubare Wendung gegeben hat. Sie unterstellen uns eine "teilweise denunziatorische Polemik" und verbinden darüber hinaus diese Kritik mit der Forderung nach Kontrolle und Zensur der universitären Forschung im Rahmen des Forschungsverbundes SED-Staat. Grundsätzlich ist festzuhalten: Im Gegensatz zum Potsdamer Forschungsschwerpunkt "Zeithistorische Studien" oder zur Abteilung Wissenschaft und Forschung bei der Gauck-Behörde handelt es sich beim Forschungsverbund SED-Staat nicht um ein spezielles Institut an der Freien Universität Berlin, sondern um originäre universitäre Forschung. Über die ordnungsgemäße Verwendung von Drittmitteln und die Seriosität der durchgeführten Forschungsarbeiten haben die Drittmittelgeber zu befinden und nicht ein wie auch immer zusammengesetztes Kontroll- oder Aufsichtsgremium; das garantiert auch die im Grundgesetz verankerte Wissenschaftsfreiheit. Leider verfügt der Forschungsverbund jenseits der Drittmittel nicht über erhebliche öffentliche Mittel, wie Sie wider besseren Wissens behaupten.

Ihr Versuch, die materiellen Grundlagen unserer Forschung in Frage zu stellen und zukünftig zu begrenzen, macht es erforderlich, auf Ihre Polemik nachfolgend auch im Detail einzugehen. Sicherlich, das sei vorausgeschickt, verfolgen wir mit unserer Arbeit neben der wissenschaftlichen auch eine "politische Absicht". Diese besteht in der Aufklärung der Öffentlichkeit über Vorgänge, die für die Aufarbeitung der zweiten deutschen Diktatur unseres Erachtens einen zentralen Stellenwert besitzen. Einige unserer Veröffentlichungen haben die öffentliche Diskussion mitgeprägt und die wichtige Rolle der zeitgeschichtlichen Forschung über die DDR in der Öffentlichkeit eher bestärkt als gemindert oder gar diskreditiert. Wir nennen hier nur beispielhaft die Arbeiten zur Vorbereitung der Moskauer KPD-Führung auf die Zeit nach Hitler, zur Rolle der SED beim Einmarsch in die Tschechoslowakei und bei der geplanten Invasion der Warschauer-Pakt-Staaten nach Polen, die Strategien der SED zur Olympiade in München sowie die Absprachen zwischen west- und ostdeutschen Schriftstellerfunktionären, die Vorbereitung von Mitarbeitern des MfS auf die deutsche Vereinigung und die Untersuchungen über Versuche der Einflußnahme von SED, FDJ und MfS in unserer Universität. Unsere Arbeit wurde u.a. sowohl von der Enquetekommission, die der Deutsche Bundestag zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur eingesetzt hatte, gewürdigt als auch vom polnischen Parlament, dessen Untersuchungsausschuß Manfred Wilke kürzlich als Sachverständigen zu den Vorgängen von 1980/81 angehört hat.

In dem von Ihnen beanstandeten Beitrag geht es einmal um die Auseinandersetzung mit unserer Kritik an der systemimmanenten DDR-Forschung sowie um die Glaubwürdigkeit von Zeitzeugen. Es erschien uns geboten, gerade am Beispiel von Zeitgeschichtlern, die selber nicht nur wissenschaftlich, sondern auch politisch vor 1989 und in den Jahren danach gewirkt haben und wirken, diese Problematik vorzuführen. Auch wenn unsere knapp achtseitige wissenschaftliche (Gegen-)Polemik für die an-

sonsten in dem Sammelband auf 434 Seiten zusammengefaßten Beiträge untypisch ist, basiert sie doch auf nachweisbaren Fakten und Zusammenhängen, zu deren Interpretation wir hier sicher nicht die letzte Auseinandersetzung führen. Über die Einordnung der hinterlassenen archivalischen Aufzeichnungen und Zeitzeugenberichte hinaus geht es nämlich in der Zeitgeschichte auch um die Analyse von "Schattenpolitik", wie der Politologe Ulrich von Alemann den Bereich informeller Politik und informaler Netzwerke nennt. Verborgene und latente Machtstrukturen und Politikmechanismen finden sich nicht - wie Ihnen bekannt sein dürfte - in Aktenstücken oder in Zeitzeugenberichten. Zeitgeschichtliche Forschung ist wie die politikwissenschaftliche insoweit in ihrer "Spurensuche" ein Stück weit auf allerdings begründete und nachvollziehbare Hypothesen wie auf Quelleninterpretation angewiesen.

Doch nun zu unserem Text und seinem Kontext: Es ist unverständlich, warum Sie - ein im Historikerstreiten erfahrener Fachwissenschaftler - unseren Text "Die Kunst des Aussitzens" nicht als das aufzufassen vermögen, was er ganz offenkundig ist: Eine wissenschaftspolitische Polemik als Antwort auf Ihre vorangegangenen Angriffe gegen uns. Zur Erinnerung:

- im März 1994 haben Sie in einer Veranstaltung der Evangelischen Akademie Brandenburg ohne Kenntnis der vertraulichen Expertise, die Jochen Staadt im Auftrag der Enquetekommission des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED Diktatur verfaßt hatte, behauptet, diese Arbeit sei unwissenschaftlich. Auf Nachfrage von Klaus Schroeder mußten Sie zugeben, daß Sie die Studie überhaupt nicht kannten, Ihr Urteil auf "Hörensagen" basierte.
- Die Historische Kommission beim Parteivorstand der SPD, der Sie angehören, hatte sich vorher schon mit dem Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin befaßt und sich in äußerst negativer und diffamierender Wei-

se über unsere Einrichtung ins Benehmen gesetzt, wobei Sie noch eine eher mäßige Haltung einnahmen.

- Sie selbst haben dann aber, in der Frankfurter Rundschau vom 3. Mai 1994, dem Forschungsverbund SED-Staat der FU pauschal vorgeworfen, "Quellenfunde in politischer Absicht" zu veröffentlichen.
- Dieser Artikel stand im Zusammenhang der seit Februar 1994 von sozialdemokratischen Politikern und Wissenschaftlern unisono der Öffentlichkeit präsentierten Versuche zur Relativierung und Entwirklichung hochwertiger historischer Quellengutes. So u.a. vom nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten, Johannes Rau, der unsere auf östlichen wie westlichen Quellen basierende Untersuchung über die Wahlkampfhilfe die er selbst 1986/87 als SPD-Kanzlerkandidat von der SED erhalten hatte, in einem Fernsehinterview bei RTL am 8. Februar 1994 als "sogenannte Forschungsarbeit" bezeichnete.

Unseren Text "Die Kunst des Aussitzens" exegieren Sie nicht als wissenschaftspolitische Polemik und Reaktion auf Ihre Angriffe, sondern wechselweise als zeitgeschichtliche Darstellung der Beziehungen zwischen der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, respektive der Kooperation sozialdemokratischer und marxistisch-leninistischer Historiker vor und nach 1989 bzw. wie eine kontroverse Tiefenanalyse Ihres und unseres Forschungsansatzes. Wir fragten uns, wie einem geübten Quelleninterpreten, eine derartige Sujetverwechslung unterlaufen konnte. Da scheint uns Hintersinn im Spiel zu sein, um durch die absichtliche Verwechslung von Nüssen und Pflaumen die Angelegenheit so herzurichten, daß der gewichtige Historikerdaumen die Kritiker mühelos zu Mus zerquetschen kann?

Zu Ihren konkreten Vorhaltungen und zum Kern der Sache:

1. Sie behaupten, wir hätten in einer Fußnote so getan, als ob Sie im Hinblick auf

Ihre Begriffsbestimmung "moderne Diktatur" statt Totalitarismus "keine Argumente" brächten, um Ihnen eine "ausschließlich politische im Unterschied zu wissenschaftlicher Argumentation unterstellen zu können". Weiter behaupten Sie, wir ließen eine "Auseinandersetzung mit der einschlägigen Stelle einfach weg". Die von Ihnen inkriminierte Fußnote lautet: "Vgl. Jürgen Kocka: Die Geschichte der DDR als Forschungsproblem. Einleitung, in: Jürgen Kocka (Hg.): Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 22 ff. Kocka plädiert für diesen Begriff (der modernen Diktatur - Sch/St) im Unterschied zum Totalitarismusbegriff, um die von ihm hervorgehobenen Unterschiede zwischen Nazi-Deutschland und der DDR zu betonen. In der Bestimmung der Gemeinsamkeiten übernimmt er freilich die von den Totalitarismustheoretikern hervorgehobenen. Auch definiert er moderne Diktatur aus dem kontrastierenden Vergleich mit den Prinzipien des liberal-demokratischen Rechts- und Verfassungsstaates. In letzter Konsequenz möchte auch Kocka nicht ausschließen, daß moderne Diktaturen totalitäre Züge annehmen können. Der Verzicht auf den Totalitarismusbegriff begründet sich bei ihm mithin politisch und nicht wissenschaftlich."

Sie selbst schrieben in Ihrem von uns ausgewiesenen Text, "die Wahl des Forschungsansatzes und der zentralen Begriffe" berühre "leicht den Kern des eigenen Selbstverständnisses und besitzt mindestens indirekt politische Bedeutung", und 1986 in Ihrem Beitrag zum "Historikerstreit" in der Frankfurter Rundschau vom 23. September 1986: "In Grundentscheidungen historischer Argumentation verknüpfen sich immer Wissenschaft, Moral und Politik." Sie begründen Ihre Begriffsbestimmung "moderne Diktatur" "ex negativo" unter Bezugnahme auf den liberal-demokratischen Rechts- und Verfassungsstaat und erklären, das sei "der historische und wertende Bezug, ohne den die Bildung zentraler Begriffe selten auskommt". In einer Fußnote erläutern Sie dazu: "Die Literatur zu Ähnlichkeiten und Unterschieden beider deut-

scher Diktaturen und zur Begründung der dazu benutzten Begriffe ist uferlos. Ich verzichte auf den Nachweis ebenso wie auf den an sich möglichen Versuch einer tieferen Durchdringung oder einer sozialgeschichtlichen Fundierung." So klar, wie Sie es gerne hätten, sind Ihre Ausführungen, auf die wir uns bezogen haben, nämlich nicht. Etwa wenn Sie dort vorschlagen: "Ich plädiere für die Verwendung eines engen Begriffs von 'stalinistisch', und zwar zur Charakterisierung einer spezifischen vergleichsweise totalitären Phase oder Variante kommunistischer Diktaturen." Auch das ist in erster Linie eine politische Entscheidung. Mehr oder weniger totalitär waren zu bestimmten Zeiten sowohl das kommunistische als auch das nationalsozialistische System. Hannah Arendt, auf die Sie sich offenbar beziehen, ohne allerdings deutlich zu machen, daß der Gedanke des Phasenmodells originär von ihr stammt, hat diesen Ansatz auch auf den Nationalsozialismus angewandt. Soll man nun etwa analog zur stalinistischen Phase des Kommunismus von der hitleristischen Phase des Nationalsozialismus sprechen? Uns scheint, daß Ihre begriffliche Unschärfe nicht in erster Linie im Gegenstand begründet ist, sondern daher rührt, daß Sie selbst durch ihre Stellungnahmen im Zusammenhang des SPD-SED Dialogs vor 1989 gebunden sind. Die Auseinandersetzung, um die es aktuell geht, hat insoweit Gründe und Hintergründe, die Sie als einschlägig politisch handelnden Zeitgenossen einschließen.

Wir neigen im Unterschied zu Ihnen und der von Ihnen positiv belegend zitierten Darstellung Sigrid Meuschels dazu, das sowjetische Gesellschaftssystem gerade nicht als vornehmlich moderne Diktatur zu analysieren, sondern als eine rückständige. Auch Sie selbst sprachen im Historikerstreit 1986 noch von dem "rückständigen Reiche Stalins", als Sie den qualitativen Unterschied zu der "bürokratisierten, leidenschaftslosen, perfekten Systematik des Massenmordes im durchindustrialisierten, vergleichsweise hochorganisierten Reiche Hitlers" hervorheben wollten. Kurzum, um diese wissenschaftliche Kontroverse ging es

uns gar nicht, als wir davon sprachen, daß Ihre Entscheidung für den Ansatz "moderne Diktatur" und gegen den Totalitarismusbegriff eine politische war. Wir selbst befinden uns noch immer im Stadium der kritischen Prüfung, wieweit und für welche Untersuchungen konkret der Totalitarismusansatz trägt. Was wir in erster Linie in unserem Aufsatz "Der diskrete Charme des Status quo" kritisiert haben, war seine zeitweilige Tabuisierung aus politischen Gründen vor dem Fall der Mauer. Dieser Einschätzung haben Sie aber auch gar nicht widersprochen.

2. Es ist in unserer Polemik eindeutig erkennbar, wen wir mit unserer despektierlichen Bemerkung als "sozialdemokratische Großmogule" der historischen Zunft gemeint haben. Ganz sicher nicht die verantwortlichen Damen und Herren der Max-Planck-Gesellschaft, die von Ihnen nun absichtsvoll in Mithaftung genommen werden sollen. Gleichwohl gestatten wir uns, einen Sachverständigen zu zitieren, dem Sie wohl nicht vorwerfen wollen, er habe "keine Ahnung, wie der Wissenschaftsbetrieb in der Bundesrepublik wirklich funktioniert" und der Sie auch nicht "öffentlich zu diskreditieren" beabsichtigte, als er Ihnen irrtümlich den Rang eines 'liberalen Alibi-Mitgliedes' der Sachverständigenkommission für das damals umstrittene Deutsche Historische Museum zumaß.

Jürgen Habermas bemerkte 1986 im Zuge des Historikerstreites: "Die vorgelegten Gutachten haben zwar ein pluralistisches Gesicht. Aber mit neuen Museen dürfte es sich kaum anders verhalten als mit neuen Max-Planck-Instituten: Die programmatischen Denkschriften, die einer Neugründung regelmäßig vorangehen, haben mit dem, was die ins Amt berufenen Direktoren dann machen, nicht mehr viel zu tun." Das kann, glauben wir, auch für kommissarische Leiter in Anspruch genommen werden.

3. Zur Auseinandersetzung um die unter Ihrer federführenden Verantwortung erfolgte Personalpolitik im Potsdamer Schwerpunkt für Zeithistorische Studien verweisen wir auf Ihre einschlägige, zum Teil öffentlich in

der FAZ ausgetragene Kontroverse mit Armin Mitter, Stefan Wolle u.a., in der es auch um die Vergangenheit von Olaf Groehler ging.

Erhellend ist schon, wie Sie in diesem Zusammenhang unseren Text zitieren: "Durch Kocka erhielt Groehler ... eine neue Dienststelle." Der ausgelassene Relativsatz - "der der SED-Führung und ihrer Staatssicherheit vor der Wende die westdeutschen Historiker in positive und negative Kräfte auseinandersortieren half," - mußte natürlich ebenso unterschlagen werden wie der Zusammenhang, der uns besonders problematisch erschien: Die Berufung von Herrn Groehler "in das Kuratorium der Gedenkstätte Buchenwald, während unabhängige Wissenschaftler aus dieser Institution herausgedrängt wurden", wie wir argumentierten. Heikel erschienen uns in diesem Zusammenhang nicht in erster Linie Groehlers frühere politische Rolle als stellvertretender Direktor des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR oder seine 1994 aufgedeckte geheimdienstliche Verstrickung, sondern weit verbreitete Publikationen wie die 1988 im Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik erschienene 7. Auflage von Groehlers "Geschichte des Luftkrieges 1910 bis 1980". Dort heißt es auf S.608: "In zunehmendem Maße verflochten sich die Interessen der reaktionärsten Kreise der NATO mit denen des zionistischen Regimes, das in seiner Außenpolitik in Opposition zu den sozialistischen Staaten und zur nationalen Befreiungsbewegung der Völker Afrikas und Asiens geriet. Israel wurde zum Sturmtrupp des Weltimperialismus im Nahen Osten, zum Gendarmen der internationalen Konterrevolution in diesem Raum." Zum Präventivkrieg Israels von 1967 heißt es 11 Seiten weiter: "Wie 1956 verstand es die zionistische Führung, die Rolle eines bedrohten Unschuldslamms zu spielen, dem angeblich ein Kampf ums 'Überleben' aufgezwungen wurde."

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Auch der Forschungsverbund SED-Staat betreibt die Integration von Wissenschaftlern aus

der DDR. Die konkrete fachliche Zusammenarbeit ist für die Überwindung der Teilungsfolgen auf allen Gebieten, gerade aber auf dem Feld der Erschließung und Interpretation der nun zugänglichen Archivalien des SED-Staates, unerlässlich. Sich hieraus ergebende Probleme aber - und dies vor allem - auch die persönliche und fachliche Bereicherung in gemeinsamer Arbeit, gehören zu unserer Alltagserfahrung. Trotzdem hielten wir es gegenüber den aus Israel anreisenden Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald nicht für zumutbar, daß der Verfasser oben zitiertes Textpassagen als Fachhistoriker in das Kuratorium dieser Gedenkstätte berufen wurde. Sie waren, wie Sie schreiben, "einer von mehreren Gutachtern in einem mehrstufigen Bewerbungs- und Auswahlprozeß" im Einstellungsverfahren für Ihre Einrichtung, müßten demnach die Arbeiten von Herrn Groehler kennen. Ohne die Reputation, die Sie ihm, mit welchem "zeitlich eng begrenzten Vertrag" auch immer, geboten haben, wäre seine Berufung in das Kuratorium der Gedenkstätte Buchenwald wohl ungleich schwieriger zu bewerkstelligen gewesen. Das war der Hintergrund unserer Polemik gegen Sie und Ihren Kollegen Niethammer, der u.a. durch den politischen Leumund von Herrn Groehler, aber auch von Ministerpräsident Johannes Rau, SED-Politbüromitglied Kurt Hager, der Wissenschaftsabteilung des ZK der SED sowie der HA XVIII/5 des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, 1987 die Erlaubnis erhielt, in der DDR Befragungen ausgewählter Zeitzeugen durchzuführen, was Sie zu der Bemerkung veranlaßt: "Wie bewundernswert diese Leistung."

Der zweite Grund unserer Bezugnahme auf Herrn Niethammer, war sein Aufsatz in dem von Ihnen 1994 herausgegebenen Buch "Sozialgeschichte der DDR". Die archivalische Hinterlassenschaft der SED bewertete Niethammer dort in seinen "Prolegomena zu einer Geschichte der Gesellschaft der DDR" als Akten einer "wirklichkeitsfremden Bürokratie", aus denen sich nicht "ohne Umstände eine intelligible Sicht der historischen Wirklichkeit nach-

zeichnen" lasse. Das hinderte ihn allerdings nicht, im Herbst 1994 sein Buch über "Die roten Kapos von Buchenwald" herauszugeben, das im Wesentlichen auf solchem Quellenmaterial, auf SED-Untersuchungsprotokollen aus dem Jahre 1946/47 beruht und zwar auf ca. 300 Seiten internem Schriftgut dieser Partei aus der Zeit des Stalinismus. Sie und Ihr Zitierkartell werden zu erklären haben, aus welchem Grunde eigentlich Tausende von historischen Dokumenten zur Westpolitik der SED- und Staatsführung (Gesprächsnotizen, Mitschriften, Protokolle, Strategiepapiere, diplomatischer Schriftverkehr etc. - vieles auch zum SED-SPD-Dialog) mit geringerer Aussagekraft eingestuft werden sollten, als die von Niethammer ausgewerteten Mitschriften einer stalinistischen Parteiquisition oder die von Ihnen selbst 1993 unter dem Titel "Historische DDR-Forschung" herausgegebenen Zeithistorischen Studien ihres Potsdamer Instituts, von denen sich mehrere umfänglich auf Bestände des SED-Archivgutes stützten.

4. Was Sie als "lächerlich" bezeichnen:

- die bisherigen, wenn auch "weiterhin nicht hundertprozentig" gesicherten, nicht unerheblichen Mittel Ihres Forschungsschwerpunktes;
- die Tatsache, das Ihnen kommissarisch dort eine beträchtliche Zahl von qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zugewiesen wurde;
- das Ihnen in bester Lage in Potsdam zur Verfügung gestellte wunderschön hergerichtete historische Gebäude;
- die Finanzierung fachwissenschaftlicher Tagungen, als deren Ausrichter Sie auftraten;
- Ihre mitgestaltende Rolle in Rahmenprogrammen repräsentativer Auftritte des brandenburgischen Landesherren Manfred Stolpe;

Ja, Herr Kocka, diese 'lächerlichen' Kleinigkeiten meinen wir tatsächlich, wenn wir von "erheblichen Mitteln und institutionellen Schlüsselpositionen" sprechen, was Ihre Person betrifft.

5. Ihrer Bemerkung, daß in Hinblick auf "jene sinistren 'Seilschaften'" in der Öffentlichkeit "bisweilen zu Recht, meistens ohne Belege" gearbeitet wird, stimmen wir voll und ganz zu. Ist es doch der Sinn solcher Seilschaften, "ohne Belege" zu produzieren, sich die gegenseitig helfenden Hände rein zu waschen sowie außerhalb und hinter dem Rücken des öffentlich Einsehbaren zu agieren. Sie, Herr Kocka, sind hingegen ein ehrenwerter Mann, der, wie Ihr Schreiben wohl zeigen sollte, mit Belegen zu arbeiten versteht. Nur belegen Sie vieles, was Sie über uns mutmaßen, nicht oder mit unzutreffenden Behauptungen.

6. So bei Ihrer Vorhaltung, wir hätten versucht, den Eindruck zu erwecken, "daß die Anstellung Groehlers eine 'Fortschreibung der Zusammenarbeit' zwischen ihm und mir darstellte". Das haben wir so nicht behauptet. Unsere von Ihnen aus dem Zusammenhang gerissene Aussage lautete nämlich, dieser Einstellungsvorgang belege "nun einmal augenfällig, wie die Fortschreibung der Zusammenarbeit seit dem SED-SPD-Ideologie-Papier heute mit anderen Mitteln betrieben wird".

7. Auch haben wir nicht behauptet, daß Sie persönlich "mit dem Zustandekommen jenes SPD-SED-Papiers zu tun" hatten, das Sie offenbar aber doch mögen, sondern wir haben von der "Zusammenarbeit seit dem SED-SPD-Ideologie-Papier" gesprochen. An dieser Zusammenarbeit von SPD und SED waren Sie allerdings auch persönlich beteiligt; z.B. am 12. und 13. März 1987, als Sie für die Historische Kommission des SPD-Vorstandes im Bonner Erich-Ollenhauer-Haus mit DDR-Historikern zum Thema "Erben Deutscher Geschichte - Bundesrepublik und DDR" diskutierten. Die damalige Vorsitzende der Historischen Kommission der SPD, Susanne Miller, stellte in ihrer Begrüßungsansprache die Veranstaltung ausdrücklich in den von uns erwähnten Zusammenhang. Die Gespräche der Grundwertekommission des SPD-Vorstandes mit Wissenschaftlern der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED hätten, so Frau Miller damals, "zum

Wunsch der Historischen Kommission beigetragen, Kollegen aus der DDR als Partner einer Forumsveranstaltung einzuladen".

Sie selbst, Herr Kocka, sprachen sich auf diesem SPD-SED-Historikertreffen in einem kritischen Vortrag über "Prinzipielle Unterschiede - gemeinsame Probleme" für "joint ventures" im Forschungsbereich" aus. Warum regen Sie sich heute auf, wenn die "Fortschreibung der Zusammenarbeit seit dem SED-SPD-Ideologie-Papier" zur Sprache kommt. Damals haben Sie Ihre Rede mit der Aussage eröffnet: "Die Historiker in der Bundesrepublik und in der DDR haben heute mehr gemeinsam als vor zehn oder zwanzig Jahren. In vielen Einzelbereichen der empirischen Forschung verfolgt man ähnliche Fragestellungen, benutzt man gleiche Methoden und lernt voneinander." Das entnahmen wir S.26 des 1988 erschienenen "rororo aktuell"-Bandes "Erben deutscher Geschichte, DDR-BRD: Protokolle einer historischen Begegnung". Der Zeitzeuge Jürgen Kocka erklärte 1993 rückblickend allerdings: "Unsere Kontakte mit den DDR-Historikern waren vor 1988/89 fast Null". (Streitgespräch mit Stefan Wolle, abgedruckt in der "Wochenpost" vom 28. Oktober 1993).

8. Sie monieren weiterhin, wir würden keine quellenkritisch überprüfte Antwort auf die Frage geben, warum Sie nach Auffassung der damaligen DDR-Historiker "zu den 'positiven Kräften' in der historischen Zunft der alten Bundesrepublik" gehörten und schlagen uns dazu mehrere mögliche Verfahren vor. Wir machen es uns an dieser Stelle ganz einfach und zitieren aus Ihrer Rede auf oben erwähntem SPD-SED-Historikertreffen von 1987. Dort erklärten Sie: "Zur Begründung des Sinns einer staatlichen Wiedervereinigung taugt die deutsche Geschichte erst recht nicht. Im Gegenteil: Die Existenz mehrerer Staaten bzw. Herrschaftsgebiete war der Normalfall deutscher Geschichte, das Projekt der deutschen Nationalstaatsbildung in der Mitte Europas hatte von Anfang an große 'Kosten' und mittelfristig katastrophale Folgen." Da der SED und ihren Historikern

die Festschreibung der deutschen Zweistaatlichkeit besonders am Herzen lag, trafen solche Erklärungen ohne Frage auf wohlwollende Ohren.

Es läßt sich aber auch Ihre Frage beantworten, was die beiden SED-Beobachter, Lozek von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und Vetter von der Humboldt Universität, auf dem 36. Historikerkongreß positiv einnahmen. Im Bericht an die Abteilung Wissenschaft beim ZK der SED hieß es, die Sympathie der derzeitigen Leitung des Historikerverbandes - der auch Sie damals angehörten - liege "nicht bei den reaktionären konservativen Kräften". Seit 1949 habe es die SED-Seite "noch nie mit einem solch liberalen und aufgeschlossenen Vorstand zu tun" gehabt, "die Mehrheit der nichtmarxistischen Historiker der BRD, auch der VHD-Vorstand und einige Mitglieder der Sachverständigenkommission" stünden, was die Einrichtung des Deutschen Historischen Museums betrifft, "den konservativen Bestrebungen um die Museumsgründung äußerst mißtrauisch und distanziert gegenüber". Letzteres war sehr bedeutsam für die SED-Beobachter, denn ihre seinerzeitige Befürchtung lautete: "Die herrschenden konservativen Kreise und die ihnen nahestehenden Historiker wollen Geschichtsdarstellung und Geschichtsbewußtsein rigoros in den Dienst ihrer nationalistischen Zielsetzung vor allem in der sog. Deutschlandpolitik stellen."

Sie, Herr Kocka, haben sich in der "sog. Deutschlandpolitik" im Rahmen der Diskussion um 'Mittellage und nationale Identität' damals eindeutig festgelegt. Wir nehmen Sie nur beim Wort. Auch hinsichtlich Ihrer Erklärung in einer Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion zum Deutschen Historischen Museum am 2. Juli 1986, als Sie sagten, es gehöre "sowohl zum Prinzip einer sich selbst wohlverstehenden Wissenschaft wie zu einer demokratisch liberalen Kultur dazu, daß sich Geschichtsbilder aneinander abarbeiten, sich gegenseitig kritisieren und damit verbessern". Heute geht die Auseinandersetzung um die Geschichtsbilder der DDR, um die Hintergründe der deutschen Teilung und die Deutschlandpolitik insbesondere in den 70er und 80er Jahren. Dazu haben wir einige Vorarbeiten geleistet, die Ihnen und der Partei, deren Historischer Kommission sie angehören, offenbar nicht gefallen.

9. Um "Mittellage und nationale Identität" ging es im Oktober 1986 auf dem 36. Historikertag in einem speziellen Forum sowie um die konzeptionellen Vorstellungen für das Deutsche Historische Museum. Das alles stand im Zusammenhang mit dem damaligen "Historikerstreit", als Jürgen Habermas Sie als Mitglied der Berliner Sachverständigenkommission zitierte: "Am Ende wird entscheidend sein, welche Personen die Sache in die Hand nehmen". Daß Sie institutionelle Schlüsselpositionen zu schätzen wissen und die Sache gerne in die Hand nehmen, war seinerzeit freilich kein Geheimnis. Sie waren nämlich bekanntermaßen u.a. Mitglied der Sachverständigenkommission für das Deutsche Historische Museum, der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD, im Vorstand des Historikerverbandes und im Wissenschaftskolleg zu Berlin, um die wichtigsten Positionen zu nennen.

In einem Punkt ist Ihre Kritik berechtigt. In der Tat kann durch unseren Beitrag der Eindruck entstehen, daß Sie als sachverständiges Mitglied der Kommission für die Konzeption eines Deutschen Historischen Museums ein offiziell bisher nicht bekanntes Papier zwei DDR-Wissenschaftlern mit der Bitte um Stellungnahme übergeben haben. Der nur in einer Fußnote beschriebene Vorgang, daß Sie anläßlich des 36. Historikertages 1986 dem SED-Historiker Lozek das Konzeptionspapier zum Deutschen Historischen Museum mit der Bitte um Stellungnahme übergeben haben, ist von uns falsch interpretiert worden. Der nachfolgende Satz, "Offiziell wurde der Text unseres Wissens erst im März 1987 veröffentlicht", beruhte auf einer Auskunft einer damals "materiell und institutionell mit der Materie" befaßten Institution und bezog sich auf das endgültige Gutachten, das je-

...

doch schon im Jahre 1986 in einer vorläufigen Fassung zur Diskussion gestellt wurde. Da Sie jedoch offenbar Ihre DDR-Kollegen im Auftrag der Sachverständigenkommission um Stellungnahme gebeten haben, ist unsere Fußnote gegenstandslos geworden. In diesem Fall möchten wir uns bei Ihnen für unsere mißverständliche Formulierung in aller Form entschuldigen.

Ausgenommen des letztgenannten Punktes bestätigt Ihr Schreiben allerdings unsere Einschätzung. Sie haben unsere (Gegen)Polemik nur zum Anlaß genommen, Überlegungen anzustellen, wie der Ihnen anscheinend aus wissenschafts- und allgemeinpolitischen Gründen unliebsame Forschungsverbund SED-Staat der FU in seinen Arbeitsmöglichkeiten zu beschneiden und zu behindern ist. Für uns einigermaßen überraschend ist die Dünnhäutigkeit, mit der Sie auf unsere polemische Kritik reagieren, diese "Sensibilität" hat man bei Ihrer und Ihrer Kollegen Polemiken nicht nur im Historikerstreit eher vermißt. Über Ihren Versuch, uns die Qualifikation für zeitgeschichtliche Forschung abzusprechen, werden sicher die "mit der Materie materiell und institutionell befaßten Personen", die Ihren Brief erhielten, selbst urteilen. Das Recht auf Kritik, auch auf polemische Kritik, das Sie sich selbst zubilligen, gilt selbstverständlich auch für die jeweils andere Seite; soviel Toleranz sollten Sie sich als Wissenschaftler zugestehen.

Sie bestätigen mit Ihrem Schreiben nachdrücklich, was wir in unserer Polemik bereits festgestellt hatten: "Heute ist es wieder so weit, daß sozialdemokratische Gesinnungsprüfer, jetzt im Gewande der 'historischen DDR-Forschung', sich anmaßen, zu entscheiden, was als seriöse Wissenschaft zu gelten hat und was nicht." Mit großem Interesse registrieren wir, daß Sie nun sogar noch einen Schritt weiter gehen und sich "fachwissenschaftliche Aufsichtsfunktionen" auch für universitäre Forschung wünschen.

Die Art der Verbreitung Ihres Briefes ist symptomatisch für die von von Alemann beschriebene Praxis der "Schattenpolitik".

Ihre teilweise denunziatorische Polemik sandten Sie "an einige mit der Materie materiell und institutionell befaßte Personen", ohne uns seriöserweise diese Adressaten zu benennen und uns damit eine Möglichkeit der Klarstellung gegenüber diesem für uns imaginären Personenkreis zu geben. Inzwischen kursieren Kopien Ihres Schreibens in mehreren Berliner Wissenschaftseinrichtungen. Agieren Sie also offenbar doch im Rahmen eines informellen Beziehungsgeflechtes, das außerhalb des nachvollziehbaren wissenschaftlichen Diskurses und jenseits einer kritischen Öffentlichkeit für allgemeine wissenschaftspolitische Abstimmungen, konkrete Absprachen sowie die Ausgrenzung mißliebiger Positionen genutzt wird? Neben der Versendung unseres Schreibens an den von uns vermuteten Empfängerkreis Ihres Schreiben begegnen wir deshalb Ihrem Verfahren, indem wir uns gestatten, sowohl Ihr Schreiben als auch unsere Antwort in der Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat der FU zu veröffentlichen. Wir haben unsere Kritik an Ihnen und Ihren Gesinnungsfreunden zuvor öffentlich geführt und werden das auch weiter so halten.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Schroeder Jochen Stadt

Dieser Streit zwischen den Kontrahenten Kocka, Schroeder, Stadt hat nichts an Brisanz verloren, das beweist die aktuelle Veröffentlichung von Christoph Kleßmann in der Beilage zu der Zeitschrift DAS PARLAMENT.¹ Wieder wird die Machtposition der Publizität ausgenutzt, den „Gegner“ zu diffamieren, wieder findet keine inhaltliche Auseinandersetzung statt, sondern werden Gerüchte, Unterstellungen, Verfälschungen aufgeboten, um den „Gegner“, den Forschungsverbund, mundtot zu machen. Irgend etwas soll hängen bleiben in der Öffentlichkeit, wird die

¹ Siehe: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 39/96, 20. September 1996, S. 3ff

Unseriosität des Forschungsverbundes immer und immer wieder behauptet. Das erinnert an Karl-Eduard von Schnitzler.

Als erste Reaktion auf diese neuerlichen Angriffe veröffentlichen wir an dieser Stelle den Brief von Klaus Schroeder an Christoph Kleßmann.

Die Redaktion

Forschungsverbund SED-Staat

Freie Universität Berlin, 14195 Berlin, Ihnestr. 53

Priv.-Doz. Dr. Klaus Schroeder

Herrn

Prof. Dr. Christoph Kleßmann

Zentrum für Zeithistorische Forschung

Potsdam

Am Kanal 4/4a

14467 Potsdam

Berlin, den 23.9.96

Sehr geehrter Herr Kleßmann,

in der Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ haben Sie gemeinsam mit Martin Sabrow einen Artikel zur Zeitgeschichte in Deutschland nach 1989 verfaßt, in dem Sie Ihr eigenes Institut loben, andere, mit der Erforschung der DDR-Geschichte befaßte Institutionen neutral darstellen, dagegen den Forschungsverbund SED-Staat und den Unabhängigen Historikerverband polemisch herabwürdigen. Wenn Ihnen das Lob in eigener Sache schon nicht peinlich ist, hätten Sie doch zumindest bei der Darstellung unseres Forschungsverbundes seriös bleiben können. Sie stellen falsche Behauptungen auf, erwähnen einige Schwerpunkte unserer Arbeit nicht, reißen Zitate aus dem Zusammenhang etc., und vor allen Dingen: Sie beziehen ihre Kritik nahezu ausschließlich auf einen 15-seitigen Aufsatz von Staadt und mir und halten die inzwischen mehrere tausend Seiten umfassenden Arbeiten des Forschungsverbundes für nicht erwähnenswert. Auch verschweigen Sie den Kontext des Aufsatzes „Die Kunst des

Aussitzens“, in dem wir uns mit der Kritik an unserer Arbeit auseinandersetzen und gleichzeitig auf die Beziehungen von Historikern zwischen Ost und West vor 1989 verweisen. Gerade zu letzterem Komplex wird das Nötige an anderer Stelle noch gesagt werden.

Für unsere Replik auf Ihre Anwürfe hätte ich gerne gewußt, worauf sich Ihre Kritik im Detail gründet. Leider unterlassen Sie es, was nicht gerade für wissenschaftliche Sorgfalt spricht, Ihre Vorwürfe zu belegen. Sie behaupten eine „massive fachliche und öffentliche Kritik“, erwähnen aber nicht einmal ein Beispiel hierfür. Welche Kritik meinen Sie? Sie bezeichnen uns als „Kampfgelehrte“, dies mag aus der Feder eines „Parteihistorikers“ durchaus ein Lob sein, aber gegen wen und für was kämpfen wir eigentlich? Sie behaupten eine „nicht selten unkritische Lektüre der SED-eigenen Aktenüberlieferungen“ und erwähnen wiederum kein Beispiel. Warum?

Nur an einem Punkt werden Sie konkret. Als Beleg für eine angebliche „begriffliche Unschärfe“ meinerseits, die eine „Identifizierung von Anspruch und Realität der diktatorischen Herrschaft“ ermöglichen solle, führen Sie ein Zitat aus einem Aufsatz von mir an. In der Tat wäre Ihr Vorwurf berechtigt, würde das Zitat stimmen. Leider verfälschen Sie das Zitat. Sie behaupten, ich hätte geschrieben, die DDR sei „zu allererst eine politische Gesellschaft, in der eine weitgehende Identität von privater und öffentlicher Sphäre herrscht, und in der es nahezu keine staatsfreien Räume geben sollte“. Dieser Satz ist offensichtlich ein Widerspruch in sich, entweder herrscht eine Identität, oder aber sie soll nur herrschen. Da es jedoch bei mir heißt: „... in der eine weitgehende Identität von privater und öffentlicher Sphäre herrschen, und in der es nahezu keine staatsfreien Räume geben sollte“, kann ich ihre Darstellung nur als bewußte Täuschung werten. Haben Sie das nötig?

Leider setzen Sie die unsachliche und polemische Auseinandersetzung Ihres Vorgängers Kocka mit unserer Forschungsarbeit

fort und geben damit auch das Niveau der Auseinandersetzung vor. Schade, wir hatten gehofft, daß mit der Übernahme der Institutsleitung durch Sie eine inhaltliche und dem Gegenstand angemessene Auseinandersetzung zwischen dem Potsdamer Institut und unserem Forschungsverbund eingeleitet werden könnte. Aber hierauf scheinen Sie keinen Wert zu legen. Trotzdem möchte ich Sie bitten, meine oben gestellten Fragen zu beantworten, damit wir uns mit Ihren Einwänden auch diesbezüglich angemessen auseinandersetzen können.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Schroeder